

*Diskussionsbeitrag von Václav Kural, Prag*

Die Thesen und Antithesen zur vierten Diskussionsrunde (siehe „Thesen“) sind anders formuliert und zahlreicher als die übrigen. Auf alle eine Antwort zu suchen würde fast bedeuten, wie vor Gericht auszusagen: Die erste Frage – ja, die zweite – nein usw. So eine Antwort ist aber nicht möglich, und deshalb beschränke ich mich nur auf einige Fragen.

Vor allem: Der vorliegende Fragenkatalog ist in seiner Gesamtheit anregend, sind aber einige Formulierungen nicht ein wenig suggestiv? (z. B. 2b, 5b) Und fehlt ihnen nicht etwas? Ich glaube ja, es fehlt sogar die zentrale Frage: Warum kam es eigentlich zur letzten Phase des tschechisch-deutschen Zusammenlebens in den böhmischen Ländern (wie der Titel unseres Panels lautet), und warum nahm sie einen so katastrophalen Verlauf? Mußte es vielleicht dazu kommen, weil die ČSR den Sudetendeutschen deren nationales Leben unmöglich machte? Oder konnten sie sich in ihrer nationalen Gestalt erhalten und weiterentwickeln? Und noch dazu: War ihre Stellung in der von ihnen verurteilten ČSR besser oder schlechter als dann im erträumten Großdeutschen Reich? Darüber aber später.

Nun eine weitere Bemerkung: Ich denke, daß im Widerspruch zu allen übrigen Diskussionsrunden, die gegen eine nationale Begrenztheit der Geschichtsschreibung gerichtet sind, die Fragen im vierten Panel eben nur oder fast ausschließlich durch nationale Aspekte der tschechisch-deutschen Beziehung bestimmt werden. Es fehlt in ihnen der Gegensatz des Kampfes zwischen Demokratie und Hitlers Totalitarismus als Faktor, der dem nationalen Faktor gleichwertig ist, es fehlt in ihnen der Gegensatz zwischen dem Leben in Kriegs- und dem in Friedenszeiten, dessen menschliche und soziale Dimensionen und die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen diesen drei Faktoren. Alle waren aber wirksam, und unsere Diskussion sollte sie einschließen.

Im weiteren Text möchte ich mich schon frei und direkt zu einigen uns gestellten Fragen äußern.

Zunächst zur ersten Frage: Der Zerfall Österreich-Ungarns brachte Ostmitteleuropa neben verschiedenen Vorteilen (Schutz und Heranreifen der Nationen in „ihren“ Staaten u. ä.) auch ernstzunehmende Nachteile, und ich denke, daß diese sogar überwogen. Ostmitteleuropa wurde mehr als zuvor Objekt der Rivalität zweier benachbarter Riesen, woran nicht einmal die veränderten Zeitumstände etwas zu ändern vermochten; das Objekt einer Rivalität, über die schon Palacký und Šmeral Befürchtungen äußerten. So wurde es die Hauptbeute und das Hauptobjekt der Imperien Hitlers und Stalins. Das ist ein Memento, durch das die Vergangenheit auch zur Gegenwart spricht, die sich der Vergangenheit gegenüber nicht so schwerhörig benehmen sollte, wie dies oft bei uns geschieht. Diese Problematik hat auch viele Teilaspekte von besonderer Wichtigkeit, wie z. B. die Zerschlagung eines großen Wirtschaftsraumes und die Umkehr der historischen Tendenz zur Schaffung großer übernationaler Einheiten. Dies erkannte bei uns bereits Palacký und wird ja auch in der Gegenwart so sehr aktualisiert. Die Tschechen, respektive die tschechische Politik, hatten an den durch den Zerfall Ostmitteleuropas entstandenen Problemen sicherlich ihren Anteil. Jedoch beruht die Hauptursache dieses Zerfalls nicht auf subjektiven Entscheidungen, sondern eher darauf, daß diese Entwicklung ein Teil des allgemeinen

auf nationale und staatliche Emanzipation zielenden historischen Trends war, der gegen eine modernere, ökonomisch und rational bedingte Integrationstendenz wirkte und bis jetzt noch wirkt. Letztere ist zwar wirksam und perspektivenreicher, dennoch kommt sie mit ihrer Rivalin irgendwie nicht zurecht: So zerfielen das Osmanische Reich, Österreich-Ungarn, das britische, französische und weitere Kolonialimperien, es zerfielen die Sowjetunion und ihr Satellitensystem, bevor sie überhaupt zu ihrer vollen Reife gelangen konnten, es scheiterte auch der Versuch einer nationalsozialistischen Integration Europas, Jugoslawien zerfiel, ja sogar die kleine „Integration“, wie es die Tschechoslowakei war. Das ist aber noch nicht genug. Durch Probleme der Desintegration wird Indien erschüttert, Kanada, Belgien und vielleicht noch einige weitere Staaten sind bedroht; darüber, was aus Afrika und China wird, können wir bis jetzt nur Spekulationen anstellen – sicher aber nicht ohne Befürchtungen.

Obwohl heute schon rationale Überlegungen siegen sollten, drohen Prozesse der Desintegration gerade in unserer Zeit ungeheure Schäden anzurichten, wenn sie zu Gliedern einer unheilvollen Kette werden und dazu noch solche Phänomene wie z. B. die Massenvernichtungswaffen und die Ideologie des islamischen Fundamentalismus hinzutreten. Gegenüber der Tendenz zur Desintegration dürfen wir nicht unvorsichtig und unkritisch sein – weder heute oder gerade besonders heute, noch „damals“.

Der Zerfall Österreich-Ungarns und die Entstehung der Tschechoslowakei (um zum unmittelbaren Thema zurückzukehren) sind Teil einer Serie historischer Entwicklung, die zur mitteleuropäischen, respektive auch europäischen Desintegration, und zwar auch mit den dazugehörigen negativen Begleiterscheinungen, geführt hat. Das ist eine objektive Tatsache, die wir wohl heute eingestehen müssen. Geht es aber nur darum, daß der tschechischen Politik, personifiziert durch Masaryk, eine Art nationalistische „Fehlkonstruktion“ eingefallen ist? Das wäre ein großer Irrtum und würde eine Vereinfachung bedeuten.

Die, die das behaupten, verstehen nicht oder wollen nicht zugeben, daß der große geschichtliche „Zug“ zu den Nationalstaaten als Gipfel der nationalen Bewegung im gegebenen Stadium eine große geschichtsmächtige Kraft war, die zur Historie, aber auch zur Politik der damaligen Zeit organisch dazu gehörte und, ob es uns nun gefällt oder nicht, ihre Berechtigung und Tauglichkeit bewies, und zwar durch eine große Serie nationaler Emanzipationen, durch den Zerfall anorganischer, ja Unterdrückterstaaten und damit durch die Restrukturierung der europäischen Landkarte (und nicht nur dieser).

Selbstverständlich hängt es vom subjektiven Faktor ab, davon, wie eine bestimmte Politik diese Tendenz begreift, wie sie damit umgeht und ob sie sie verwirklicht. Aber hier darf man nicht nur die beschränkte Sicht des Nationalismus „desintegrierter“ Völker kritisieren, sondern auch die der großen Nationen, die über übernationale Konglomerate herrschen. Eben von deren Fehlern, von dem Unverständnis, welch großes Gewicht und welche Bedeutung die Emanzipationsprozesse der „kleinen“ haben, hängt in der Regel der Sieg der „Kleinen“ und der Zerfall all jener großen Komplexe ab, die wir hier angesprochen haben.

Sicherlich muß ich nicht erklären, daß dies auch der Fall des tschechischen „Ausmarschs“ aus dem Habsburger Reich war, eines Ausmarschs, der erfolgte, nachdem aus einer Reihe von Ursachen, (von denen wir hier wenigstens die Unfähigkeit

Österreich-Ungarns zur Föderalisierung und im Gegenzug die große Fähigkeit, die Konflagration des Ersten Weltkriegs zu entfachen) die Tschechen aus der uralten Monarchie buchstäblich ausgestoßen waren. Bei den Slowaken kommt noch eine direkte Bemühung hinzu, sich vor dem drohenden Untergang ihres Volkes zu retten.

Auf Grund der angedeuteten objektiven und subjektiven Ursachen setzte also die tschechische Politik in der als Kriegsfolge sich ergebenden Situation die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik durch. Ich will hier nicht ihren demokratischen Charakter verteidigen; damit würden wir, so denke ich, Eulen nach Athen tragen. Es war bestimmt keine vollkommene Demokratie (welche ist schon vollkommen?), aber sie war eine Demokratie auf ansehnlichem Niveau, die sich in der ČSR auch noch dann hielt, als in allen mitteleuropäischen Staaten und vor allem in Deutschland totalitäre und autoritäre Regime gesiegt hatten.

Ihre Achillesferse war wahrlich das Nationalitätenproblem, nämlich der ungelöste Widerspruch zwischen dem Nationalstaat, „amtlich“ zum kämpferischen Flügel des tschechischen Nationalismus erklärt, und dem faktischen Nationalitätenstaat. Übergehen wir den Umstand (sonst allerdings nicht zu übersehen), daß in direkter Nachbarschaft ein schlimmerer Nationalismus als der tschechische herrschte, der sogar die Gestalt eines „Zucht-Nationalismus“ annahm, wie ihn F. X. Šalda nannte. Kommen wir statt dessen zur Frage zurück, die, wie ich eingangs schon gesagt habe, im Titel unseres Panels fehlt, d. h., ob bei dem Stand der Dinge, wie sie in der Tschechoslowakei vorherrschten, sich die Sudetendeutschen national erhalten und entwickeln konnten oder nicht, oder ob sie gezwungen waren, ihren Ausweg in der Sezession und im Anschluß an die Hitlerdiktatur zu suchen.

Das erste Argument, das bei der Begründung jener zweiten Variante eine Rolle spielte und spielt, ist die Frage der Selbstbestimmung. Die Selbstbestimmung eines Volkes stößt natürlich auf die Selbstbestimmung eines anderen Volkes. Ich denke nicht, daß, wenn hinsichtlich der Erfahrungen und Ergebnisse des Ersten Weltkriegs die Selbstbestimmung der sudetendeutschen „Volksgruppe“ so, wie sie sich ihre politischen Repräsentanten vorstellten, nicht möglich war, jede andere Lösung eine „Fehlkonstruktion“, eine unannehmbare Unterdrückung, eine Herausforderung zur Zerstörung der ČSR im Rahmen des Kampfes für die Revision des „Versailler Diktats“ war. Es bestehen doch nicht nur maximalistische Lösungen, sondern im Rahmen eines Kompromisses auch annehmbare, besonders, wenn es nicht gerade um das Volk, sondern um eine Minderheit geht. Die Stellung der Sudetendeutschen in der ČSR war zwar nicht ideal, aber erträglich. Außerdem kam es während der 20 Jahre und trotz verschiedener Fehler auf beiden Seiten allmählich zu einer tschechisch-deutschen Annäherung, für die der Erfolg aktivistischer Parteien in drei Wahlen und der Aufstieg deutscher Minister in die Prager Regierung bezeichnend waren. Diese Entwicklung ließ wenigstens einen Teil der tschechischen Politiker, besonders der jüngeren, die Möglichkeit einer deutschen Autonomie – kulturell, schulisch, ja vielleicht auch territorial oder personal – in Betracht ziehen. Hätte es den Versuch der Sezession in den Jahren 1918–19 und den anfangs energischen Lodgmann-Negativismus nicht gegeben, die beide dem intransigenten tschechischen Nationalismus (Kramář, Štříbrný) in die Hände arbeiteten und im tschechischen Bewußtsein die Spur einer dauernden Angst davor zurückließen, daß die sudetendeutsche Autonomie nur eine versteckte Vor-

bereitung eines weiteren Abtrennungsversuchs sei, dann hätte der Fortschritt bei der gegenseitigen Annäherung möglicherweise größer ausfallen können. Er hätte wenigstens Umfang, Leichtigkeit und Geschwindigkeit des Übergangs der Sudetendeutschen zu Henlein und Hitler erschweren können.

Im großen und ganzen war aber der Trend der tschechisch-deutschen Beziehung in den zwanziger Jahren positiv, und trotz häufigen Schlagabtausches im Parlament und überflüssiger „Nadelstiche“ spiegelte er die Tatsache wider, daß die Stellung der Sudetendeutschen und Karpatendeutschen in der ČSR, wenn auch nicht ideal, so doch anständig, demokratisch und für sie annehmbar war. Sie hatten gleiches Staatsbürgerrecht einschließlich des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts, ergänzt durch das gesetzliche Verbot der Entnationalisierung und eine gerechte Vertretung im Parlament (sogar ein bißchen besser als „unter Österreichs Zeiten“); sie entgingen den drastischen Folgen der deutschen Nachkriegskrise und der katastrophalen Inflation und hatten ihren Anteil an der hohen tschechoslowakischen Konjunktur in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre; sie hatten ein Schulwesen, das mit dem Niveau des Schulwesens „des tschechoslowakischen Staatsvolks“ vergleichbar war und ihnen die Bildung der jungen Generation in der Nationalsprache zusicherte, und sie verfügten über ein weitgespanntes Netz kultureller Einrichtungen; als einzige der mitteleuropäischen Minderheiten nahm ihre Zahl ständig zu. Dies war keine ideale Stellung: es fehlten kollektive Minderheitenrechte, die Bodenreform verlief zu Ungunsten der deutschen Landwirte, die Deutschen waren im staatlichen Beamtenapparat unterrepräsentiert, es herrschte auch Not usw. Im großen und ganzen konnten sie aber als Volksgruppe existieren, sich entwickeln und sich schließlich zu einer Konzeption ihrer historischen Berufung als Bindeglied zwischen slawischer und germanischer Welt durcharbeiten, wobei die Hoffnungen auf die Überwindung ihrer schwachen Stellung und die Durchsetzung als „zweites Staatsvolk“ wuchsen. Wir werden in Mitteleuropa (von Deutschland ganz zu schweigen) nur schwer eine nationale Minderheit finden, deren Stellung besser war als die Stellung der Sudetendeutschen in der ČSR.

Erst die große Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre verschlechterte ihre Situation zusehends – einerseits durch ihre sozialen Folgen, für Deutsche aus Böhmen und Mähren viel rauer als für die Tschechen, andererseits durch ihren Einfluß auf die rasche Entwicklung der Begeisterung für Hitlerdeutschland einschließlich der Entscheidung, das Leben in der ČSR gegen ein Leben in einem großdeutschen und am „Zucht-Nationalismus“ orientierten Reich Hitlers einzutauschen. Und hier entsteht die Frage, die in dem uns vorliegenden Verzeichnis fehlt, die ich aber für wesentlich halte: War diese gesamte geschichtliche Transaktion notwendig und für die Sudetendeutschen selbst besser oder schlechter?

Wenn wir diese Frage bloß aus nationaler Sicht beleuchten, war dies für sie sicherlich ein Sieg (wenn auch durch die Einschränkung der Stammeseigentümlichkeit und die Umwandlung des Sudetengaus in einen Mustergau des Reichs abgeschwächt). Man darf aber nicht übersehen, was oft der Fall ist, daß dieser nationale Sieg auch Niederlagen enthielt: Die Sudetendeutschen tauschten ihr Leben in einem demokratischen (wenn auch „tschechischen“) Staat gegen ein Leben in einer totalitären Despotie ein, was sich an ihnen in Kürze schlimm, ja teilweise blutig rächen sollte. Die Hitler-Diktatur trieb sie von einem zwar schwierigen, aber doch friedlichen Leben in ein



Leben im Krieg. Das führte zu tiefgehenden Veränderungen ihrer existenziellen, alltäglichen Bedingungen. Der Krieg trieb Hunderttausende von Sudetendeutschen, wohl gemerkt aus den besten Jahrgängen, in die Schlachtfelder der westlichen und östlichen Kriegsschauplätze, wo ca. 200 000 fielen, weitere Hunderttausende verwundet wurden und weiteres Kriegsleid erlebten. Der moderne totale Krieg drang aber auch in Gestalt von Versorgungsschwierigkeiten, Fliegerangriffen, Gefangenen, Konzentrationslagern usw. direkt in sudetendeutsches Gebiet vor. Außerdem riefen der Krieg, die Okkupation und der Anteil der sudetendeutschen Repräsentation daran einen ungeheuren Haß der Tschechen hervor, die in den *henleinovci* (Henleins Gefolgsleuten) – ob Recht oder Unrecht – die ursprüngliche Quelle ihres eigenen Leids und ihrer Unterdrückung sahen, ein Haß, der sich schließlich in radikaler Form in Vertreibung und Aussiedlung entlud.

Welchen Sinn hatte es also für die Sudetendeutschen, daß sie sich durch ihre politischen Vertreter zum Tausch eines Lebens in der ČSR mit dem Leben in Hitlers Großdeutschland bewegen ließen? Und daß sie zur definitiven Festigung der Macht Hitlers über die gesamte deutsche Gesellschaft und zu „seinem“ Krieg so bedeutende Beiträge leisteten? Konnten sie ihrer Selbstbestimmung keine mildere Gestalt verleihen und sollte dies die heutige sudetendeutsche politische Führungsspitze nicht überdenken?

Zum fünften Punkt (siehe „Thesen“) möchte ich mich nur kurz äußern: Keine der beiden Thesen bezieht sich auf das ganze Problem, und zwar weder in Version A noch B.

Zu A: Mir ist unbekannt, daß bei uns Historiker die These vertreten, daß „die Abschiebung“ einfach das Produkt der Potsdamer Konferenz gewesen sei. Diese Behauptung wurde in einem Artikel des Rudé právo aufgestellt, wo geschrieben stand, daß die ČSR eigentlich die „Abschiebung“ durchführen mußte, weil dies Potsdam so beschlossen hätte. Alle tschechoslowakischen, respektive tschechischen Historiker erkennen aber vielleicht, daß die tschechische Politik während des Krieges und der Okkupation diesen Akt, die „Abschiebung“, aktiv durchsetzte, so daß die Großmächte sie akzeptierten, und daß die Tschechoslowakei sie mit deren Zustimmung dann auch durchführte. Das ist im großen und ganzen klar.

Interessanter wäre es zu fragen, ob die Exilregierung die Zustimmung der Alliierten gegen deren Willen erzwang. Heute, besonders nach den Forschungen von Detlef Brandes, können wir davon ausgehen, daß dies keineswegs der Fall war. Im Fall der USA und UdSSR kam Beneš mit dieser Initiative, und Roosevelt und Stalin stimmten nach kurzem Zögern zu, denn auch nach ihrer Meinung war es nötig, eine der Ursachen zu beseitigen, die Hitlerdeutschland die Entfesselung der Aggression und des Krieges ermöglichten. Stalin begriff später, daß sich ihm damit auch ein geeignetes Instrument bot, durch das er die mitteleuropäischen Länder, vor allem Polen und die Tschechoslowakei, an die Sowjetunion binden konnte und kalkulierte das mit ein.

Bei Großbritannien liegt der Fall anders; zur Idee des Transfers hatte es eine positive Einstellung. Sowohl Brandes als auch Hans Lemberg wiesen z. B. auf der Konferenz der tschechoslowakisch-deutschen Historikerkommission im Oktober 1992 darauf hin, daß sich diese ihre Haltung aus Erwägungen über die Nachkriegsordnung Mitteleuropas ergab. Die Briten gingen von der Vorstellung aus, daß dort – nach dem Scheitern des Versailler Systems – ein größeres föderales Gebilde entstehen solle, vor allem

eine polnisch-tschechische Föderation, die von allen inneren Schwierigkeiten befreit werden müsse, wenn sie dem erwarteten Druck der UdSSR und Deutschlands standhalten solle. Eine der Hauptschwierigkeiten in der Zwischenkriegszeit stellte die Gegenwart und Aktivität umfangreicher Minderheiten, namentlich der deutschen, dar. Deswegen hielten es die britischen Experten für nötig, die mitteleuropäische Föderation von diesen Minderheiten zu befreien, und zwar auf dem Wege umfangreicher Bevölkerungsverschiebungen, ob nun in der Gestalt einer „Abschiebung“ oder eines Gebiets- oder Menschenaustauschs. Auch wenn die britischen Projekte nicht so maximalistisch wie das Projekt der tschechoslowakischen Exilregierung in den Jahren 1943–44 waren (und besonders nicht so, wie die Aussiedlung nach dem Krieg wirklich durchgeführt wurde), so gingen sie doch in die gleiche Richtung. Zu einer gewissen Zurückhaltung führten erst Befürchtungen der alliierten Experten hinsichtlich der Überfüllung des durch den Krieg zerstörten Deutschlands durch Aussiedler, und vielleicht auch schon Überlegungen über die Probleme der Nachkriegspolitik.

Deswegen bekam Beneš zu seiner Beunruhigung die alliierte Zustimmung zur Aussiedlung der Sudetendeutschen nicht schon bei Kriegsende, sondern mußte bis zum Potsdamer Abkommen warten. Diese Unsicherheit führte ihn und die tschechische Nachkriegsverwaltung (besonders aber die Radikalen) zur Schaffung vollendeter Tatsachen in Gestalt „wilder Abschiebungen“ (expulsions), ohne auf eine internationale Entscheidung zu warten. Den Alliierten ging es allerdings bei ihrer zögernden Haltung nicht einmal um die Zustimmung zur Abschiebung (Transfer) als solche, sondern darum, daß sie erst nach ihrer Entscheidung und auf dieser Grundlage erfolgte, keineswegs aber auf eigene Verantwortung Prags – was Beneš als erfahrener Politiker auch als Notwendigkeit verstand. Die Abschiebung mußte das Placet des internationalen, durch die Entscheidung der Sieger geschaffenen Rechts erhalten.

Zu B: Schon diese kurze Skizze der Rolle der Alliierten weist auf die Schwäche dieser These hin: die Einschränkung der gesamten Sache auf die Frage der „Kollektivschuld“.

Eine so verstandene Begründung spielte in den tschechischen Abschiebungsprojekten wirklich eine große Rolle, in den Verlautbarungen in der Heimat (ÚVOD) und im Exil (Beneš, Ripka u. a.) könnten wir dafür genügend Argumente finden. Z. B. heißt es im Programm des ÚVOD: „... Hitlers Herrschaft haben die Deutschen selbst verschuldet und eingeführt. Die unentbehrliche internationale Gerechtigkeit darf nicht gebremst werden. Das Volk als Ganzes trägt die Verantwortung, eingeschlossen sind auch persönlich unschuldige, aber vom Ganzen nicht unterscheidbare Menschen.“ (Za svobodu! Do nové ČSR. Praha 1945, 76).

Über den Unterschied zwischen den Begriffen „Verantwortung“ und „Schuld“ läßt sich streiten. In Polemiken gegen die „Kollektivschuld“ sollte uns nicht entgehen, daß jedes Volk eine geschichtliche, moralische und politische Verantwortung für seine Regierung hat. Man kann nicht alle Verantwortung einer kleinen Gruppe von Regierenden zuschieben – weder im tschechischen Fall die Verantwortung für das kommunistische System noch im deutschen Fall für das Regime Hitlers, respektive (bei den Sudetendeutschen) Henleins. Auf der anderen Seite darf man diese Verantwortung nicht bis zur „Schuld“ führen, die durch die rechtliche Verfolgung des nicht

engagierten, persönlich unschuldigen Individuums geahndet wird. Der ÚVOD aber hat in der zitierten Stellungnahme dies offenbar vor Augen – die „Kollektivschuld“ und die Strafe. Dieses Moment spielte also seine negative historische Rolle, andererseits kann man sich von der Verantwortung nicht reinwaschen, und zwar weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Dabei darf man nicht die Tatsache übersehen, daß seit langer Zeit nicht mehr Vergeltung für Schuld so umfassend und integral verstanden wurde wie im Endstadium von Krieg und Okkupation, wo ihre Extensität mehr und mehr von nationalsozialistischen Verbrechen beeinflußt wurde, die nicht nur bei uns, sondern auch in der politischen und öffentlichen Weltmeinung mit den „deutschen“ Verbrechen assoziiert wurden. Die Rücksicht auf den Antifaschismus eines Teils der Deutschen wurde zwar nicht gänzlich ausgelöscht, Schritt für Schritt jedoch durch antideutsche Einstellungen (aus dem erwähnten Grund) überdeckt und reduziert. Dieses Problem würde aber nicht nur ein eigenständiges Referat erfordern und dies nicht nur einen halben Tag bei einer Konferenz.

Der Begriff „Kollektivschuld“ spielte also ungefähr eine solche Rolle bei der Entscheidung über die Aussiedlung der Deutschen aus Böhmen und Mähren (und nicht nur aus diesen Ländern), war aber nicht der einzige Grund dafür. Bei den Tschechen spielten auch ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Möglichkeiten tschechischer Selbstbestimmung, ja der Erhaltung von Volk und Staat, die – seinerzeit, aber die Frage der Erhaltung des Staates hat auch heute einen aktuellen Aspekt – mit der sudetendeutschen Selbstbestimmung zwangsweise kollidierte und diese sogar ausschloß, eine wichtige Rolle. Und nicht nur bei den Tschechen, sondern auch bei den Großmächten und weiteren mitteleuropäischen und nichtmitteleuropäischen Völkern spielten die Bedenken hinsichtlich der Beseitigung potentieller Ursachen mitteleuropäischer Instabilität eine vorrangige Rolle; Ursachen, deren Gewicht soeben dadurch erwiesen worden war, daß sie Hitler bei der Eskalierung „seines“ Krieges dienlich gewesen waren. Das stereotype Festhalten an einer Ursache für die Aussiedlung der Sudetendeutschen und das Übergehen eines ganzen Ursachenkomplexes entspricht also nicht der historischen Realität und bleibt ein Fehler – ob er nun von einem Politiker oder einem Historiker begangen wird.